

Kleine Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Tätigkeit und Finanzierung des Vizerektorats und des Instituts für Umwelt und Menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen in Bonn

Die Universität der Vereinten Nationen (UNU) ist eine autonome Einrichtung der Vereinten Nationen (United Nations – UN) und hat ihre Arbeit im Jahr 1975 aufgenommen. Sie dient als Think Tank und Postdoc Research Organisation. Die Mission der Universität ist es, durch kooperative Forschung und Lehre Lösungsvorschläge für globale Herausforderungen des menschlichen Überlebens, der Entwicklung und des Wohlergehens entlang der Agenda 2030 zu entwickeln. Sie arbeitet mit Hochschul- und Forschungseinrichtungen in den Mitgliedstaaten u. a. in gemeinsamen Promotionsprogrammen, Seminarreihen und Masterstudiengängen zusammen. Ziel der UNU ist die politikrelevante Forschung und wissenschaftsbasierte Politikberatung für das VN-System.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sichert seit vielen Jahren die Grundfinanzierung der drei in Deutschland befindlichen UNU-Einrichtungen: das Vizerektorat (ViE) und das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit (UNU-EHS) in Bonn sowie das Institut für integriertes Land- und Ressourcenmanagement (UNU-FLORES) in Dresden.

Das ViE unterstützt weltweit das institutionelle Wachstum der UNU und koordiniert die Aktivitäten der UNU in Europa und Afrika. Es ist das einzige Vizerektorat der UNU außerhalb des Hauptsitzes der UNU in Tokyo, Japan (www.unbonn.org/de/UNU-ViE). Das BMBF fördert das ViE seit 2007.

Das UNU-EHS hat die Aufgabe, Spitzenforschung zu Risiken und Anpassungen im Zusammenhang mit Umweltgefahren und dem globalen Wandel zu betreiben. Die Forschung des Instituts fördert Strategien und Programme zur Verringerung dieser Risiken unter Berücksichtigung des Zusammenspiels von ökologischen und gesellschaftlichen Faktoren (ehs.unu.edu/about/about-ehs). Das UNU-EHS wird vom BMBF gemeinsam mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MWK) des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert, wobei das BMBF für die Grundfinanzierung zuständig ist. Die aktuelle Finanzierungsvereinbarung läuft nach Kenntnis der Fragesteller am 31. Dezember 2023 aus.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung des UNU-ViE und UNU-EHS mit Sitz in Bonn für Deutschland als Standort von UN-Institutionen?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit des UNU-EHS in Bezug auf die Herausforderungen des Klimawandels?

3. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben bzw. Haushaltsansätze für die UNU-ViE seit 2017 entwickelt (bitte nach Möglichkeit grafisch als auch tabellarisch darstellen)?
4. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben bzw. Haushaltsansätze für die UNU-EHS seit 2017 entwickelt (bitte nach Möglichkeit grafisch als auch tabellarisch darstellen)?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Inflationsrate in Deutschland zwischen 2017 und 2023 entwickelt?
6. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Gehälter von UN-Mitarbeitern zwischen 2017 und 2023 im Durchschnitt entwickelt?
7. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. weitere Gehaltsanpassungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von UN-Gliederungen geplant, wenn ja, in welcher Höhe?
8. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die verpflichtenden Zahlungen des UNU-Standortes in Bonn an die Zentrale der UNU zwischen 2017 und 2023 entwickelt?
Von welchen verpflichtenden Zahlungen geht die Bundesregierung im Jahr 2024 aus?
9. Ist die Bundesregierung über einen ggf. erhöhten Grundfinanzierungsbedarf des UNU-ViE informiert, wenn ja, was sind nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. die Gründe für den erhöhten Grundfinanzierungsbetrag?
Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung hieraus?
10. Ist die Bundesregierung über den erhöhten Grundfinanzierungsbedarf des UNU-EHS informiert, wenn ja, was sind nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. die Gründe für den erhöhten Grundfinanzierungsbetrag?
Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung hieraus?
11. Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung für die Förderung der ViE der UNU im Jahr 2024 zur Verfügung?
12. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Finanzierungsvereinbarung mit dem UNU-EHS fortzuführen, wenn nein, warum nicht, und wenn ja, wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung für die Förderung des UNU-EHS im Jahr 2024 zur Verfügung?

Berlin, den 27. September 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion